

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

- 1. Der Eckwert des Ergebnishaushaltes wird für den Haushalt 2011 mit einem Fehlbetrag von 2.368.440 Euro zur Kenntnis genommen.**
- 2. Der Eckwert des Finanzhaushaltes wird für den Haushalt 2011 mit einem Fehlbetrag von 2.242.993 Euro zur Kenntnis genommen.**
- 3. Die Investitionsmaßnahmen 2011 mit einem Gesamtvolumen von 1.001.090 Euro werden zur Kenntnis genommen und an die Fachausschüsse zur Beratung verwiesen.**
- 4. Die sich aus den bisherigen Beratungen ergebenden Fehlbeträge des Ergebnishaushaltes von 2.368.440 Euro und des Finanzhaushaltes von 2.243.992 Euro sind in den folgenden Sitzungen der Fachausschüsse mit dem Ziel einer erheblichen Reduzierung dieser Fehlbeträge zu beraten.**

Dass die Eckwerte heute nicht wie ursprünglich vorgesehen beschlossen, sondern lediglich zur Kenntnis genommen werden sollen führt RM Just auf die schlechten Zahlen zurück. Ergänzend führt er aus, dass das voraussichtliche Fehlbetrag im Ergebnishaushalt deutlich auf 2,4 Mio. Euro angewachsen ist und nach wie vor „Altlasten“ aus früheren Verwaltungshaushalten in Höhe von 700.000 Euro vorhanden sind. Auf dieser Ebene fehlen der Stadt Schortens demnach 3 Mio. Euro. Die noch zu erstellende Eröffnungsbilanz wird seiner Ansicht nach verschönert dargestellt werden, da diese Summe im neuen Ergebnishaushalt keine Berücksichtigung findet.

Zur mittelfristigen Finanzplanung merkt er kritisch an, dass die Stadt nicht - wie noch vor 1 bis 2 Jahren gedacht - innerhalb von 4 Jahren auf 15 Mio., sondern 18 Mio. Euro Schulden zusteuert, obwohl vor 2 Jahren eine erhebliche Reduzierung der Fehlbeträge sowohl im Ergebnis- als auch im Finanzhaushalt als Ziel festgesetzt wurde. Ein Defizit hat sich seit Anfang des Jahres 2009 abgezeichnet als deutlich wurde, dass eine Wirtschaftskrise bevorsteht, jedoch sei bisher nichts geschehen, um die Ausgaben und die Schuldenaufnahme zu reduzieren, sondern die Schulden steigen an.

RM Just erinnert daran, dass im Jahr 2009 auf Anregung der CDU eine Arbeitsgruppe für die Erarbeitung eines langfristigen Modells für den Schuldenabbau eingerichtet wurde, ein Ergebnis bis zum heutigen Tag jedoch nicht vorliegt. Stattdessen sei der Verwaltung in der letzten Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses seitens der CDU-Fraktion die Zielvorgabe erteilt worden, bis Juli nächsten Jahres ein Konzept zur langfristigen Entschuldung vorzulegen. Er wirft der Arbeitsgruppe vor, zwei Jahre lang untätig gewesen zu sein.

RM Freygang teilt mit, dass im Frühjahr 2011 der zweite doppische Haushalt verabschiedet werden soll und sich Rat und Verwaltung immer noch in der Übungs- und Festigungsphase befinden. Die einzelnen Fachausschüsse haben eine gute Arbeit geleistet und dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss gut zugearbeitet, so dass für einzelne Teilhaushalte bereits Ziele mit entsprechendem Einsparpotenzial definiert werden konnten. In der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 24.11.2010 wurden die Eckwerte lediglich zur Kenntnis genommen, weil weiterhin der Beschluss gefasst wurde, die genannten Fehlbeträge im Ergebnis- und

Finanzhaushalt in den Fachausschussberatungen mit Blick auf die Schuldenentwicklung für die kommenden Jahre noch erheblich zu reduzieren. Er bittet, dem Beschlussvorschlag des Fachausschusses zuzustimmen.

RM Homfeldt nimmt Bezug auf den Redebeitrag von RM Just sowie dessen Presseartikel über die Umsetzung des Konzeptes zur Jugendarbeit, die in der Öffentlichkeit seines Erachtens den Eindruck erwecken, dass eine Umsetzung des Konzeptes bereits abschließend beschlossen wurde, was jedoch nicht der Wahrheit entspricht.

Er erinnert daran, dass nach der letzten Kommunalwahl sehr zeitig im Jahr 2007 seitens der Mehrheitsgruppe die Erstellung einer Aufgabenkritik gefordert wurde. Gemeinsam mit der Verwaltung wurde überprüft, welche Leistungen zum damaligen Zeitpunkt erbracht wurden und welche Kosten diese verursachten. Im nächsten Schritt wurden die freiwilligen Leistungen festgestellt und untersucht, welche dieser Leistungen möglicherweise durch Dritte günstiger erbracht werden könnten. Dieses sind Schritte, die mit dazu geführt haben, dass eine Stabstelle Controlling eingerichtet wurde, die auf die Effizienz der Verwaltungsabläufe hinwirkt und Rat und Verwaltung zusammen mit der doppelten Haushaltsführung jetzt in die Lage versetzt frühzeitig zu sehen, wie sich die finanzielle Situation unter Berücksichtigung der Ausgaben- und Einnamemstruktur entwickelt.

RM Freygang erläutert den fließenden Prozess zur Erstellung des doppelten Haushalts, der sich noch bis ins Frühjahr 2011 hinziehen wird. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Beratungen in den Fachausschüssen, in denen eine große Anzahl von Kennzahlen und Ziele fast immer einvernehmlich beschlossen wurde.

RM Just erklärt, dass der Haushalt trotz der Menge an Kennzahlen und Zielen immer schlechter wird. Dieses könne man auf die Wirtschaftskrise schieben, jedoch verschlechtere sich der Haushalt der Stadt Schortens in den letzten Jahren deutlich im Vergleich zu den umliegenden Kommunen. Besonders zeige sich dies im Vergleich mit dem Landkreis, aber auch im Vergleich zu anderen Kommunen. Sowohl im Ergebnishaushalt als auch bei den Schulden stehe die Stadt Schortens trotz Einführung der Doppik und des Controllings bedeutend schlechter da als noch vor zwei Jahren. Er bezeichnet die Durchführung des Controllings als „Erbsenzählerei“, in der geprüft wird, welche Ziele eingehalten werden. Die Ziele der Stadt Schortens seien in den letzten Jahren jedoch auf permanente Ausgabensteigerung und damit verbunden Schuldenaufnahmen ausgerichtet. Die Einhaltung von solchen falschen Zielen sieht er als sinnlos an. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Ziele der Gruppe „Aufgabenkritik“, die u. a. auch Personaleinsparungen beinhalteten. Heute soll jedoch zusätzliches Personal eingestellt und es sollen weitere Ausgaben getätigt werden. Hierzu verweist RM Just auf das Konzept zur sozialpädagogischen Jugendarbeit und erläutert die damit verbundene Kostensteigerung. Seine Fraktion sieht gerade hier Einsparmöglichkeiten, aber auch im Marketingbereich sowie bei der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten.

RM Homfeldt erklärt, dass es gemeinsame Aufgabe von Rat und Verwaltung ist, die finanzielle Situation der Stadt zu verbessern.

Hinsichtlich eines Vergleichs mit umliegenden Kommunen gibt er zu bedenken, dass diese nicht über den gleichen Umfang an freiwilligen Leistungen - wie z. B. ein Aqua-

Toll oder Bürgerhaus - verfügen, die jährlich ein Defizit verursachen. Hinsichtlich der Ausführung des RM Just zur Umsetzung des Konzeptes für die Jugendsozialarbeit und damit verbunden ansteigende Personalkosten teilt er mit, dass die CDU im Frühjahr d. J. die Erstellung dieses Konzeptes aufgrund der schwierigen, zum Teil dramatischen Situation von Kindern, Jugendlichen und Eltern in der heutigen Zeit beantragt hat. Ziel war bzw. ist es zu erfahren, welche Maßnahmen für die Befriedigung der Bedürfnisse erforderlich sind. Bei dem jetzt vorliegenden Konzept handele es sich lediglich um eine Beratungsgrundlage. Über eine mögliche Umsetzung und den damit verbundenen Zeitraum wurde noch nicht abschließend beraten und beschlossen.

RM Torkler gibt zu bedenken, dass es sich heute lediglich um eine Vorberatung des Haushaltes 2011 handelt und in den Fachausschüssen und Organen einvernehmlich die Auffassung bestand, dass die formulierten Zielvorgaben noch hinsichtlich erforderlicher Kostenreduzierungen zu überarbeiten sind. Er hält es für besonders wichtig, dass Rat und Verwaltung gemeinsam an der Erreichung eines vernünftigen finanziellen Maßes arbeiten.

Bezug nehmend auf die bisherige Diskussion teilt er mit, dass die „Jugendsozialarbeit“ für viele Ratsmitglieder aller Fraktionen von erheblicher Bedeutung ist, da die Kinder und Jugendlichen mit Blick auf die Zukunft besonderer Aufmerksamkeit bedürfen. Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, dass die Stadt Schortens mit ihren 12 Ortsteilen hinsichtlich der Problematik mit Jugendlichen ein weißer Fleck ist. Auch in Schortens sind soziale Brennpunkte vorhanden, die die Mitglieder des Rates entschärfen möchten.

Eine Berücksichtigung der vorhandenen Lebensumstände und aller Dinge, die möglicherweise zu einer misslichen Entwicklung führen könnten, hält er für notwendig. Er geht davon aus, dass im Rat über das Angebot der betreuten Jugendarbeit Einvernehmen bestehen und dieses weiterhin Bestand haben wird. Über die Summe der finanziellen Mittel wird noch zu entscheiden sein.

Dem Beschlussvorschlag des Fachausschusses wird mit 2 Enthaltungen zugestimmt.